

«Fürs Denken bekommt man in Russland bis zu zehn Jahre Gefängnis. Ich <denke> also gar nichts», sagt ein Passant zu der Lokalzeitung «Kommersant». Die Presseschau aus dem Inneren von Putins Regime

Die Schriftstellerin Irina Rastorgujewa hat einen Monat lang russische Medien gelesen. Sie stiess auf Erschreckendes und Sonderbares.

Irina Rastorgujewa

05.06.2023, 16.40 Uhr



Bis Ende April 2023 gingen bei russischen Militärgerichten 1064 Anzeigen gegen «Dienstpflicht-Verweigerer» ein. Werbetafel für die Armee in einer Moskauer U-Bahn-Station, 2023.

Contributor / Getty

Die militärische Sonderoperation Russlands in der Ukraine verläuft nach Plan, zumindest laut den offiziellen russischen Medien. Aus unbekanntem Grund allerdings schweigen die Medien über die konkrete praktische Umsetzung dieses Plans, während die Ziele variabel bleiben. «Wir machen diese Sonderoperation, um weiteren Beschuss russischen Territoriums zu verhindern», erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow Ende Mai, fünfzehn Monate nach dem Überfall auf die Ukraine.

In den letzten zwölf Monaten hat das russische Haushaltsdefizit 7,9 Billionen Rubel erreicht und wächst weiter an. Das bekannte Improvisationstalent der Russen muss in die Bresche springen – die grösste russische Fluggesellschaft Aeroflot hat ihre Mitarbeiter angewiesen, wegen des Mangels an Ersatzteilen weniger häufig Störungen an Flugzeugen zu melden, und Versicherungsgesellschaften weisen ihre Kunden darauf hin, dass die Folgen einer Atomexplosion, eines Militäreinsatzes und Bürgerkriegs nicht versicherbar sind.

Laut der jährlichen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen für das Jahr 2023 liegt Russland auf Platz 164 von 180. Wir sehen, nach unten ist noch Luft.

An mehr als 500 russischen Universitäten wurde eine Umfrage über die Haltung gegenüber dem Land, dem Krieg und Wladimir Putin durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass mehr als ein Drittel der Befragten Russland verlassen wollten. Von den Wörtern, die die Situation in Russland am besten beschreiben, wählten die meisten «Krise», darauf folgten «Niedergang» und «Degradierung», wie die sozialpolitische Informationsschrift «Wjorstka» («Schriftsatz») berichtet.

Mitarbeiter des Elektrorollerverleihs Urent suchten in der Moskwa nach weggeworfenen Rollern und fischten dabei zwei automatische Gewehre und fünf Kartuschen mit scharfer Munition aus dem Wasser. In der Region Rostow werden 39 verschwundene ehemalige Häftlinge gesucht. Sie waren als Kämpfer der Gruppe Sturm Z rekrutiert worden und sind aus einem Lager im besetzten Lisitschansk unter Mitnahme von Waffen und Transportmitteln geflohen.

Weitere sieben ehemalige Häftlinge haben eine Militäreinheit in der vorübergehend besetzten Region Donezk auf eigene Faust verlassen. Bis Ende April 2023 gingen bei russischen Militärgerichten 1064 Anzeigen gegen «Verweigerer» ein – Militärangehörige, die ihren Dienstort freiwillig verlassen, Befehle verweigert haben oder desertiert sind.

«Z» als Zielscheibe von Eiern

In Nischni Tagil hat sich ein Arbeiter des Schwermaschinen- und Rüstungswerks Uralwagonsawod vor den Augen seiner Vorgesetzten mit einem Cutter die Kehle durchgeschnitten. Der Angestellte hatte seine Familie zu ernähren und eine Hypothek abzuzahlen, dabei war sein Gehalt von April an zehnmal niedriger als zuvor. Die Betriebsleitung

hatte ihm statt einer Problemlösung die Kündigung angeboten.

In Omsk plünderten unbekannte Täter einen im Stadtzentrum stehenden Panzer. Aus ihm wurden zwei Kisten mit Ersatzteilen und Zubehör sowie sechs leichte Leuchtraketen gestohlen. In Nischni Tagil wurde eine Metallstele gestohlen, die zum Gedenken an Teilnehmer des Zweiten Weltkriegs errichtet worden war. In der Stadt Beresowski in der Region Kemerowo stürzte ein militärisches Rekrutierungsbüro ein. Der Einsturz geschah ohne menschliches Zutun, allein aufgrund des Zustands des Gebäudes.

Die Theatergemeinde von Irkutsk hat das Büro des örtlichen Bürgermeisters zweimal gebeten, das Banner mit dem Buchstaben Z an der Fassade des Theaters zu entfernen, weil es ständig mit Eiern, Grünzeug und sonstigem Abfall beworfen wurde, so eine Quelle aus der Theatergemeinde im lokalen Irkutsk-Blog.

25 Angehörige zentralasiatischer Republiken, die medizinische Masken trugen, hätten die Moskauer Bar Monroe verwüstet, das Personal verprügelt, auf Angestellte eingestochen und deren Mobiltelefone mitgenommen, berichtet das Online-Medium Basa. Das Untersuchungskomitee der Föderation hat errechnet, dass die Zahl der von Migranten begangenen Straftaten im vergangenen Jahr um 37 Prozent gestiegen ist.

Seit Beginn der Militäroperation in der Ukraine sind mehr als 3,5 Millionen ukrainische Staatsbürger auf russisches Territorium gelangt. Dies berichtete der erste stellvertretende Direktor des FSB-Grenzdienstes, Wladimir Kulischow, gegenüber der Nachrichtenagentur Tass.

In St. Petersburg wurde ein Mann mit einem Plakat «Frieden, Arbeitermai» bei einer Demonstration zum 1. Mai festgenommen, weil er die Armee diskreditiert habe. Zur gleichen Zeit rief die Kommunistische Partei in Tomsk bei der Mai-Demonstration die Parole «Ruhm den Helden des NKWD», des sowjetischen Geheimdienstes des Grossen Terrors unter Stalin.

Ein Gericht in Woronesch verhängte eine Geldstrafe gegen einen Anwohner wegen des Satzes «Die Ukraine ist ein normales Land». Gemäss einem Linguisten kennzeichne ein Kommentar mit einer solchen Formulierung «die Handlungen der Teilnehmer der <besonderen

Militäroperation» als völkerrechtswidrig».

Die falschen Farben

Das Bezirksgericht Basmanni in Moskau hat einen 25-jährigen verhaftet, weil er rote Kreuze auf den Asphalt gemalt hatte. Die Ermittlungen sahen in den Kreuzen «eine kritische Auseinandersetzung mit der laufenden militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine».

In Tscherepowez schlug die Polizei zwei Mädchen brutal zusammen, bevor sie sie wegen ihrer Graffiti verhaftete. In der Polizeistation erhielten die Mädchen mehrere Tage lang keine Nahrung und konnten Wasser nur aus der Toilettenschüssel trinken. Bislang ist nicht bekannt, was genau man ihnen vorwirft.

In Kasan diskutierten zwei Frauen in einem Geschäft namens Mir Stuljew («Welt der Stühle») über einen möglichen ukrainischen Angriff auf eine lokale Flugzeugfabrik. Eine Verkäuferin zeigte sie bei der Polizei an. Die Mädchen wurden festgenommen, eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Eine Moskauerin zeigte ihre Nachbarin wegen der «ukrainischen Flagge im Fenster» an. Es stellte sich heraus, dass in der Wohnung eine 83-jährige Grossmutter lebt, die Blumen züchtet. Die Rentnerin hatte die Pflanzen mit zwei Stück Pappe, die zufällig gelb und blau waren, vor Sonneneinstrahlung geschützt. Die Polizei beschlagnahmte die Pappen und leitete eine Untersuchung ein.

Eine 34-Jährige aus Moskau, die nach Wladikawkas flog, wurde festgenommen, weil sie während des Fluges ein Buch auf Ukrainisch las. Sie war von den Passagieren des Flugzeugs denunziert worden.

Zwei Frauen wurden zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie die rote Farbe der russischen Flagge auf ihren Autokennzeichen ausgebrannt hatten. Beide Frauen wurden wegen «Propagierung extremistischer Symbole» angeklagt.

Gegen den Besitzer eines Autos mit einem signifikanten Aufkleber wurde Anzeige wegen «Diskreditierung der Streitkräfte» erhoben. Auf dem Aufkleber wurde Jewgeni Prigoschin, Betreiber der Privatarmeegruppe Wagner, zitiert: «Schoigu, du Schlampe, wo sind die Granaten?» Sergei Schoigu ist russischer Verteidigungsminister.

Prigoschin selbst wurde nicht wegen «Diskreditierung der Streitkräfte» angeklagt.

Die Polizei in Krasnodar fahndet nach Unbekannten, die in der Nacht zum Samstag ein Lenin-Denkmal in der Ortschaft Uspenskoe im Westen Moskaus wie einen Clown bemalt und ein Schild mit der Aufschrift «Mörder des russischen Volkes» daran befestigt haben.

Zwangsweise eingewiesen

Immer häufiger verhängen russische Gerichte zwangspsychiatrische Einweisungen. So wurde ein Schüler, der versucht hatte, ein militärisches Rekrutierungsbüro in Tobolsk in Brand zu setzen, in ein psychoneurologisches Krankenhaus eingewiesen. Eine 20-jährige Frau aus Blagoweschtschensk wurde zur Zwangsbehandlung verurteilt, nachdem sie zusammen mit einer Freundin auf der Strasse «Putin ist ein Arschloch» gebrüllt hatte.

Ausserdem wird gegen Aktivisten weiterhin der Entzug des Sorgerechts verhängt. In Tjumen nahmen Gerichtsvollzieher dem Aktivisten Grischkowitz die siebenjährige Tochter weg. Eine Frau wurde in Abwesenheit an der Ausübung ihrer elterlichen Rechte gehindert, ohne sie über das Gericht oder den gegen sie angestregten Prozess zu informieren, und das Kind direkt von der Schule in ein Sozialzentrum gebracht.

Mitarbeiter des Instituts für theoretische und angewandte Mechanik der sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften haben einen Brief veröffentlicht, in dem sie die Behörden auffordern, eindeutig zu definieren, wo Wissenschaft aufhört und Hochverrat beginnt. «Im vergangenen Jahr wurden drei prominente Aerodynamiker unseres Instituts – Anatoli Maslow, Alexander Schipljuk und Waleri Swjaginzew – unter dem Verdacht verhaftet, ein Verbrechen im Sinne des härtesten Artikels des Strafgesetzbuches «Hochverrat» begangen zu haben. Sie alle sind für ihre brillanten wissenschaftlichen Ergebnisse bekannt.»

Seit Beginn des Jahres 2022 wurden allein in Nowosibirsk vier Wissenschaftler inhaftiert, von denen einer, Dmitri Kolker, vom Krankenhaus in ein Untersuchungsgefängnis verlegt wurde, wo er am nächsten Tag starb – er befand sich im letzten Stadium einer Krebserkrankung.

Die Staatsanwaltschaft habe damit begonnen, die Europäische Universität in St. Petersburg «auf Extremismus» zu überprüfen, berichtet der russische Dienst der BBC. Nach Angaben der Zeitung untersuchen die Inspektoren den Inhalt akademischer Arbeiten und Programme, insbesondere die Veröffentlichungen von Universitätsmitarbeitern sowie die Themen von Dissertationen und die Personalakten von Masterstudenten und Doktoranden.

Walentin Parmon, Vizepräsident der Russischen Akademie der Wissenschaften, sagte, Russland habe in den letzten fünf Jahren 50 000 Wissenschaftler durch Abwanderung oder andere Gründe verloren. Im Gegenzug verabschiedete die russische Regierung das «Konzept der technologischen Entwicklung bis 2030», das von den Wissenschaftlern eine drastische Erhöhung der Zahl der Erfindungen verlangt.

Eine Besonderheit stellt diese Information über Sabotage in Russland dar. Am 8. Mai erschien in den sozialen Netzwerken ein Bericht, wonach ein taktischer Bomber Su-24 in einer Militäranlage in Nowosibirsk in Brand gesteckt worden sei. Am 9. Mai dementierten die regionalen Behörden die Information. Am 10. Mai beschuldigten Propagandisten die Ukraine, ein «gefälschtes Video» des Brandes erstellt zu haben. Am 15. Mai wurde in Nowosibirsk ein Mann verhaftet, der beschuldigt wurde, die Su-24 in Brand gesetzt zu haben.

Das russische Fernsehen vergass, über den Absturz von zwei Mi-8-Helikoptern und Su-34- und Su-35-Flugzeugen in der Region Brjansk sowie über die neun toten Piloten zu berichten. Über den nächtlichen Drohnenangriff auf den Kreml erschienen die offiziellen Informationen erst zwölf Stunden später. Allerdings belebte die Nachricht die Arbeit der Mitglieder des russischen Parlaments etwas.

Denken kann bestraft werden

Alexei Schurawljow, stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, schlug vor, ein Geschwader von «Abfangadlern» aufzustellen, die den Himmel patrouillieren und Drohnen jagen sollten. Und der Abgeordnete Zbigniew Wasserman schlug vor, den Kreml mit einem Maschendrahtzaun zu umgeben, um Drohnen zu bekämpfen.

Die Zeitung «Kommersant» veröffentlichte ein Interview mit Anwohnern nach dem Angriff von «Saboteuren» auf die nahe Belgorod, direkt an der ukrainischen Grenze gelegene Kleinstadt Graiworon:

– Was denken Sie über die Situation?

– Was gibt es da zu denken? *Der Mann grinst.* Wofür wir gekämpft haben, das haben wir bekommen. Mehr werde ich euch auch nicht sagen.

– Du kannst jetzt für dein «Denken» diskreditiert werden, – *ergänzt sein Begleiter.* – Bis zu zehn Jahre Gefängnis. Ich «denke» also gar nichts.

Der Propagandakanal Russia Today berichtet in Ergänzung zur eingangs zitierten Aussage von Peskow, dass das russische Militär speziell für ukrainische Saboteure in der Region Belgorod eine Falle vorbereitet und sie dort hinein gelockt hat. Das Verteidigungsministerium zeigt, kommentiert von der emotionsfreien Stimme seines Sprechers Generalmajor Kanaschenkow, Aufnahmen von russischen Schlägen gegen den eigenen Kontrollpunkt in Graiworon.

In der Zwischenzeit versuchen die Bewohner der Region Belgorod, zumindest einige Informationen aus inoffiziellen Quellen zu erhalten. Einer der unruhigsten Orte an der Grenze zur Ukraine ist die Stadt Schebekino (40 000 Einwohner vor dem Krieg) geworden, die ständig unter Beschuss steht. Die Bewohner der Stadt werden nicht evakuiert.

Im russischen Pendant zu Facebook, dem sozialen Netzwerk VKontakte, gibt es bereits den Hashtag #schebekinoistrussland. Die Einwohner beschwerten sich darüber, dass nicht nur Perwy-Kanal, der erste gesamtrussische Fernsehsender, nichts von den Anschlägen in den Grenzregionen mitbekommt, sondern auch die lokalen Medien sie nicht mit Aufmerksamkeit verwöhnen.

Die Einwohner der Region erhielten auch keine Antwort auf die Frage, wohin die 10 Milliarden Rubel geflossen sind, die für die Verteidigung von Belgorod ausgegeben wurden. In der Zwischenzeit hat Präsident Putin die Anti-Korruptions-Abteilung im Kreml geschlossen.

Der russische Präsident hat ausserdem ein Dekret zur «Änderung der russischen Migrationspolitik» unterzeichnet. In dem Dokument heisst es, dass die Abwanderung von Russen ins Ausland im Jahr 2022 «zugenommen hat», weshalb Massnahmen ergriffen werden sollten, um «attraktive finanzielle, soziale und andere Mechanismen zur Erhaltung des Humankapitals zu schaffen». Die nicht näher beschriebenen Massnahmen sollen Russen dazu bringen, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Eine «chinesische Firewall» zum Schutz

Russland hat ein Protokoll zur Abschaffung der GUS-Menschenrechtskommission ratifiziert. Nach der GUS-Menschenrechtskonvention ist es diese Kommission, die die Einhaltung der Menschenrechte auf dem Gebiet der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten überwacht. Es gibt sonst keine weiteren spezialisierten Menschenrechtsgremien auf GUS-Ebene.

Russlands Föderationsrat hat die Einführung einer «chinesischen Firewall» gefordert, um das Internet in Russland zu beschränken und den Zugang zu allen unerwünschten Websites, auch über VPN-Dienste, zu blockieren.

Seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine stehe Russland weltweit an sechster Stelle, wenn es um die Einschränkung der Freiheiten im Internet gehe, und liege nach China und Iran an zweiter Stelle, was die Zensur im Internet angehe, teilt der Expertenbericht der internationalen NGO Freedom House mit.

Die Staatsduma hat ein Gesetz über Geldstrafen und Verhaftungen für die Verbreitung von Karten verabschiedet, die die territoriale Integrität Russlands infrage stellen. Gemäss dem neuen Gesetz wird die Verbreitung solcher Karten oder Bilder mit einer Geldstrafe von bis zu 1 Million Rubel (etwa 11 500 Euro) oder einer Haftstrafe von bis zu 15 Tagen geahndet, berichtete RIA Nowosti.

Wladimir Putin hat die Zahl der Beamten des Ermittlungsausschusses um 514 erhöht. Die Gesamtzahl der Ausschussbeamten umfasst damit annähernd 23 000.

Der Geheimdienst FSB habe einen Erlass veröffentlicht, der es der Behörde erlaube, Durchsuchungen ohne gerichtliche Genehmigung durchzuführen, berichtet die «Parlamentskaja Gazeta» (die Parlamentarische Zeitung).

Gegen Russophobie und Geschlechtsumwandlungen

Die Russische Föderation könnte demnächst Äusserungen von «Russophobie» mit bis zu fünf Jahren Gefängnis oder einer Geldstrafe von bis zu 300 000 Rubel bestrafen. Der entsprechende Gesetzesentwurf werde von Abgeordneten der Staatsduma ausgearbeitet, schreibt

«Wjorstka» unter Berufung auf einen der Autoren von der Liberaldemokratischen Partei.

Die Abgeordneten der russischen Staatsduma haben einen allgemeinen Gesetzentwurf zum Verbot medizinischer Geschlechtsumwandlungen vorgelegt.

Ausserdem soll eine neue Gefängnisstadt für Russen gebaut werden. Insgesamt 22 Hektaren Land in der Nähe des Dorfes Knewitschi in der Region Primorje sind für den Bau eines neuen Untersuchungsgefängnisses vorgesehen. Nach Angaben der Strafvollzugsbehörde «wird es sich um eine kleine Stadt mit Sicherheitsgebäuden, einem Verwaltungsgebäude, einer Turnhalle, Kantinen und einer Näherei handeln. Geplant sind zwei Wohngebäude, Lagerhäuser und Kesselhäuser.»

In der Zwischenzeit setzt Wladimir Putin weiterhin auf «menschliche Ressourcen», deren Grösse es nach Ansicht des Präsidenten ermöglichen wird, alle Ziele zu erreichen. «Wir haben enorme Ressourcen», sagte Putin bei einem Treffen mit Mitgliedern der gesamtrussischen öffentlichen Organisation Business Russia. Nach Ansicht des Präsidenten ist dies der Schlüssel für die Zukunft des Landes.

Und die positive Nachricht? – Im staatlichen Fernsehsender NTV wurde in einer Talkshow vorgeschlagen, 2024 einen neuen russischen Präsidenten zu wählen, um die Sonderoperation in der Ukraine zu beenden, die Beziehungen zu Europa wiederherzustellen und ein normales Leben zu führen. Das teilte Boris Nadeschdin, Präsident des Instituts für regionale Projekte und Gesetzgebung, mit. «Unter dem derzeitigen politischen Regime werden wir nicht nach Europa zurückkehren können. Wir müssen nur eine andere Führung des Landes wählen, die diese Geschichte mit der Ukraine beendet und normale Beziehungen zu den europäischen Ländern aufbaut. Die Präsidentschaftswahlen finden nächstes Jahr statt. Es ist notwendig, jemand anderen zu wählen, nicht Putin. Und alles wird gut werden!»

Hoffen wir, dass mit diesem Mann auch alles gut wird.

Irina Rastorgujewa wurde 1983 in Juschno-Sachalinsk in Russland geboren und lebt als freie Autorin in Berlin. 2022 erschien ihr Buch «Das Russlandsimulakrum» bei Matthes und Seitz.

Passend zum Artikel



Presseschau des Wahnsinns: «Russland befindet sich nicht im Krieg mit der Ukraine – die ganze Geschichte wurde in Washington DC eingefädelt»

04.02.2023



«Baerbock soll beweisen, eine Frau zu sein» – die schrägsten Schlagzeilen aus der russischen Presse im März

07.04.2023



Tarnschwimmen für Kinder, Soldaten-Witwen erhalten gestohlene Pelzmäntel, und selbst Putinisten werden verhaftet – Berichte aus dem Inneren Russlands

07.03.2023



Mehr zum Thema Russland

[Alle Artikel zum Thema >](#)



Russland meldet den Beginn einer ukrainischen Grossoffensive und verliert die Kontrolle über ein Frontdorf

• Aktualisiert vor 4 Stunden



#Russiahelps: In Kenya treffen 34 000 Tonnen russischer Dünger ein – sie sind Teil des geopolitischen Ringens um Afrika

05.06.2023



Die Preise für Düngemittel schiessen in die Höhe – und die Hersteller stehen im Griff der grossen Politik: Wie wird die Welt ernährt?

05.06.2023

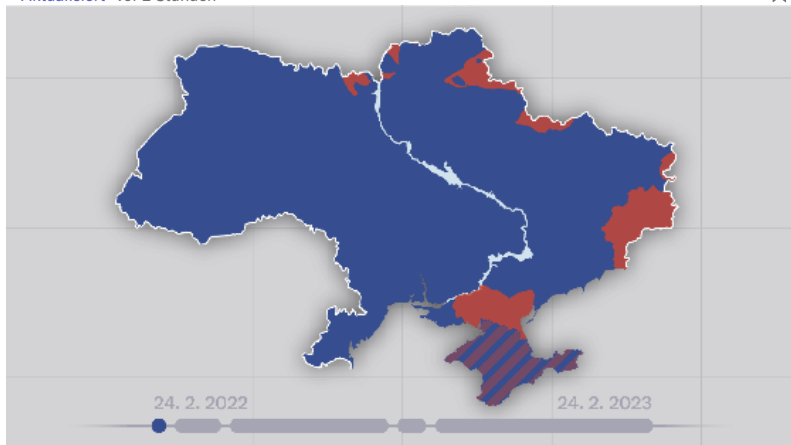




DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Getreide aus der Ukraine: EU-Einschränkungen für Importe verlängert

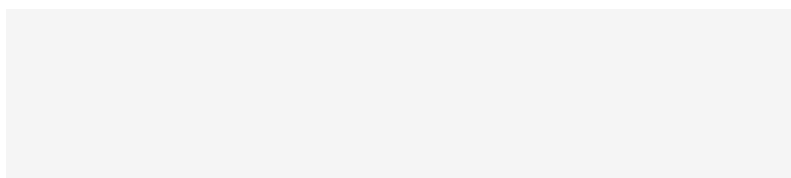
• Aktualisiert vor 2 Stunden



INTERAKTIV

So entwickelt sich der Ukraine-Krieg – klicken Sie sich Tag für Tag durch unsere Karte

• Aktualisiert 05.06.2023





SERIE

Es gab nichts Friedlicheres auf der Welt als diese Landschaften voll Seen, Wäldchen, Pilzen und Beeren – wo sind sie nur geblieben?

05.06.2023



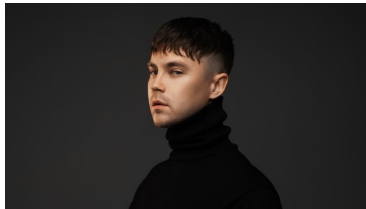
Weitere Themen

Wladimir Putin

Ukraine

Für Sie empfohlen

Weitere Artikel >



«Wer eine solche Fahne hält, ist noch lange kein Faschist.» Ukrainer sind empört, dass die Stadt Zürich das Konzert von Artem Piwowarow abgesagt hat

• Aktualisiert 05.06.2023



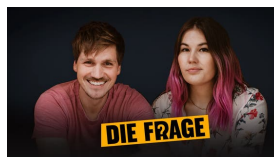
Die Zweiradzeit nimmt Schwung auf: Technik, Tricks und Trends rund ums Velo

05.06.2023



Russland meldet den Beginn einer ukrainischen Grossoffensive und verliert die Kontrolle über ein Frontdorf

• Aktualisiert vor 4 Stunden



Einseitig, subjektiv und mit blinden Flecken: wie sich das öffentlichrechtliche Jugendprogramm «Funk» seine eigene Wirklichkeit bastelt

05.06.2023



Umstrittene Spenden an bürgerliche Parteien: Der Flughafen Zürich will seine Praxis überdenken

05.06.2023



INTERVIEW

Geplantes Zürcher Schulhaus für 231 Millionen Franken: «Das ganze Verfahren war in diesem Fall nicht auf die Bedürfnisse der Kinder ausgelegt»

05.06.2023



Die Credit Suisse hat genau noch eine Woche zu leben – am 12. Juni übernimmt die UBS die gescheiterte Grossbank komplett

05.06.2023



KURZMELDUNGEN

Kultur: Prominente wenden sich gegen Verschärfung der deutschen Asylpolitik +++ Rammstein reagiert auf Vorwürfe

04.06.2023



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung,
Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne
vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.